

Halleische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



№. 42. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 195.

Zweite Ausgabe

Geschäftsstelle in Halle a/S., Leipzigerstr. 27.
Telephon Nr. 155.

Sonnabend, 25. Januar 1902.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2.
Telephon Amt VIa Nr. 11404.

Landwirthschaftliche Debatte im Abgeordnetenhause.

Bei der zweiten Lesung des Domänen-Einkaufsgesetzes hat am Donnerstag eine sehr interessante landwirthschaftliche Debatte stattgefunden, die am gestrigen Freitag noch fortgesetzt wurde. Landwirthschaftsminister Herr von Podbielski hat in dieser Debatte mehrfach sehr wirkungsvoll eingegriffen. Vom freisinnigen Seite wurde in erster Linie verurtheilt, die Beweistrat für die Statist über die Verpachtungen der rund tausend Domänen des Preussischen Staates zur Beurtheilung der landwirthschaftlichen Lage überhaupt zu betreiben. Dieser Versuch ist aber total mißlungen. Selbst die Abgeordneten Glöckner und Kirch, jener vom „männlichen“, jener vom „weiblichen“ Freisinn, konnten nicht umhin, anzuerkennen, daß die Landwirthschaft sich zum großen Theile in einer schwierigen Lage befindet.

Herr von Podbielski erklärte mit dankenswerther Entschiedenheit, die Landwirthschaft sei berechtigt, zu sagen: Wir befinden uns in äußerst schwieriger Lage.

„Es kann — so läßt er fort — mit der Landwirthschaft so nicht weitergehen, es muß ihr geholfen werden, damit dieser für unser Vaterland so wichtige Erwerbszweig wieder auf gesunde Beine gestellt wird. Denn die Erwerbszweig selbst ist nach meiner Ansicht noch lange nicht so schlecht, wie gerade dem bäuerlichen Volk, der mit fremden Werkzeugen arbeiten muß. Wir müssen unsere bäuerlichen Helfer erhalten, die Jahrhunderte lang auf der Scholle sassen, ihre Familie erhalten wollen und ihre ganze Existenz darauf gegründet haben.“

Der freisinnigste Einfluß hat seine Erklärung natürlich ungenügend auf die Herren, und ihre Redner suchten alle ihre alten Schlagwörter heraus, um die Wirkung der Ministerrede abzuschwächen; allein Herr von Podbielski ging auf alle diese Schlagwörter kräftig auf den Leib, und der konservativen Wortführer, Herr von Mendels-Straßburg, gab den Agrargegnern folgenden zutreffenden Hinweis zu bedenken:

„Für Industrie und Gewerbe ist im Durchschnitt des Jahres ein Umsatz von fünfzig bis von sechzig Millionen Mark, für die landwirthschaftliche Produktion von 7000 Millionen Mark. Hier sind nicht mitgerechnet die Lande von Schindern, Sattlern, Goldarbeitern usw., die direkt mit und von der Landwirthschaft leben, diese sind in der Industrie angefaßt. Diese Zahlen beweisen, daß das öffentliche Interesse von der Landwirthschaft ebenso gut in Anspruch genommen werden kann, wie von der Industrie.“

Alle diese Einwürfe, so unüberlegbar sie sind, werden natürlich von der Anti-Kornpolitik unbearbeitet bleiben. Gätten wir es mit einem ehrlichen Kampfe auf wirthschaftlichen Boden zu thun, so lägen die Dinge anders. Allein Herr von Podbielski hatte ganz recht, als er bemerkte:

„Das Schlimme ist ja gerade, daß es nicht ein wirthschaftlicher Kampf ist, sondern ein politischer Kampf; die Herren auf der einen Seite haben das Rand, weil sie dort ihren politischen Einfluß nicht lassen können. Wir müssen dafür sorgen, daß die Landwirthschaft sich erhalten auf ihrer Scholle für Fort und After. Jeder Arbeiter ist seines Lohnes werth, Beamtenwerth ist (links) doch die Frage nicht und klar: wollen Sie billiger konsumieren, als produziert werden kann? Das heißt doch nichts anderes, als Verrentung der Arbeiter. In den Produktionskosten der Landwirthschaft liegt ja der Kern der Erträge, darum sind sie auch die Ursache so eng mit befaßt auf dem Interesse der Landwirthschaft. Darum beruhen unsere patriarchalischen Verhältnisse, die Ihnen (links) nicht gefallen, über die ich mich aber freuen. Ich freue mich, wenn ein solcher allein Arbeiter werden zu können; das ist ein anderes Verhältniß, als wenn der Arbeiter an den Handwerker verwerfen und nur den Hut sieht. Mit der Industrie loßt man seinen Mund hinter dem Fein hervor.“

Die deutschen Landwirthschaft haben allen Anlaß, dem ihre Interessen so wirkungsvoll und so entschieden wahrnehmenden Minister den lebhaftesten Dank zu sagen. Sie werden aus dem Auftreten des Herrn von Podbielski die Ueberzeugung gewonnen haben, daß ihre Sache in der besten Hand ist. Der landwirthschaftlichen Interessen waren die Ausführungen des Landwirthschaftsministers äußerst unbauend; daß sie aber wieder ihre absolute Unangenehmheit für landwirthschaftliche Gründe beweisen haben, beweist am besten, wie schlecht die Sache ist, welche sie vertreten.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 25. Januar.

Zur Amerikasahrt des Prinzen Heinrich. Der Kaiser hat das Programm des nordamerikanischen Kommissars für den Empfang des Prinzen Heinrich von Preußen, soweit dasselbe sich jetzt feilscht, genehmigt und hat es dem Komitee überlassen, die Einzelheiten des allgemeinen Planes auszuarbeiten. Die Mitglieder des Komitees hiel gegenwärtig mit dieser Aufgabe beschäftigt, insbesondere mit den Verträgen, welche mit den Agenten der Eisenbahngesellschaften abzuschließen sind. Der für die Reisen des Prinzen in Aussicht genommene Sonderzug wird aus sechs Wagen oder elegantester Art bestehen, von denen einer ausschließlich dem Prinzen zur Verfügung stehen wird. Es wird geplant, die Reisen des Prinzen in südlicher Richtung bis Chattanooga, in westlicher Richtung bis St. Louis und in nördlicher Richtung bis nach Milwaukee auf der einen und bis nach Boston auf der anderen Seite auszubehnen. Prinz Heinrich wird am ersten Sonntag in New-York zubringen, das Graf General-Grahs behält in der Mittnacht abtreten und Montag früh um halb drei Uhr in Washington eintreffen, wofolst

er auf dem Bahnhof von einer Ehrenwache, einer Eskadron Kavallerie und einer Batterie empfangen und nach der deutschen Hofkapelle geleitet wird. Die Abreise des Prinzen wird bei Tag und Nacht den Ehrenwachposten für den Hofkapelle geleitet werden. Den zweiten Sonntag wird der Prinz wahrscheinlich in Chattanooga zubringen und den großen Nationalpark bei Chickamauga besuchen. Der dritte Sonntag wird in New-York eingebracht werden und der Ruhe und vielleicht dem Besuch von einigen deutschen sozialen Organisationen gewidmet sein. Das Komitee hat es zu vermeiden genutzt, daß eine Reihe des Prinzen auf den Sonntag fällt.

Das Kaiserpaar traf Freitag Vormittag um 9 Uhr in Potsdam ein. Die Kaiserin begab sich sogleich nach dem Neuen Palais, während der Kaiser im Angen-Stall die Reiter von 3. u. 10. Kompanie des 1. Garderegiments besichtigte. Anwesend waren hiermit Prinz Friedrich Leopold, die direkten Vorgesetzten des Regiments und einige fremdbürgerliche Offiziere. Um 12 Uhr begab sich der Kaiser in das Offizierskino, um daselbst das Frühstück einzunehmen, und verließ um 1 Uhr wieder Potsdam.

Der Kaiser in Hannover. Der Kaiser ist am gestrigen Freitag Mittag plötzlich von Potsdam nach Hannover gereist. Er traf dort Nachmittags 5 Uhr ein und begab sich sofort nach Korrens Hof. Hier verweilte Se. Maj. kurze Zeit, um an dem Festmahl der vormals königl. hannoverschen Offiziere, welches aus Anlaß des Beschlages der traditionellen Verleihungen stattfand, theilzunehmen. Darauf fuhr der Kaiser nach dem königlichen Schloß und von dort nach der Kaserne der Königs-Musketen, wofolst er bis 10 Uhr verblieb. Um 10 Uhr hat Se. Majestät die Kaiserin nach Berlin abgeholt und über die Reise noch folgende Mittheilungen zu:

Die Anstalt Sr. Majestät des Kaisers war eine vollständige Ueberziehung. Am Bahnhof betrug der Kaiser eine Dreierlei und fuhr nach Karstens Hotel. Im Saale, wo die normalen hannoverschen Offiziere wie alljährlich am Geburtstage Friedrich des Großen verammelt waren, sprach Se. Majestät dem Besonderen Zweck Blumenbach seine Freude aus, eine Stunde mit den Herren zusammen sein zu können, und nahm dann zwischen dem Obersten Blumenbach und Feten Platz. Nach einer Weile erhob sich Oberst Blumenbach und bat den Kaiser um Erlaubnis, den Dank der anwesenden alten hannoverschen Offiziere für diesen erneuten Besuch der Götter auszusprechen zu dürfen. Die Ueberzeugung der alten hannoverschen Traditionen, die Se. Majestät im Jahre 1899 verfügte, sei kein leeres Versprechen geblieben, sondern ins Leben übergegangen worden. In den Jahren wurde sich Disziplin, Gehorham und Königstreue fortzusetzen. Mehrer schloß mit einem begeisterten aufgenommenen Dank auf den Kaiser. Als das Dank verlesen war, gedachte der Kaiser der alten hannoverschen Arme und sprach seine Freude darüber aus, daß seine Arbeit vom Januar 1899 so wohl verstanden und auf so fruchtbaren Boden gefallen sei. Auch keine Intention sei es, daß die Traditionen nicht durch Gemüthe, Eide und Worte fortgesetzt werden, sondern durch den Geist in den Söhnen des niederrheinischen Stammes. Der 24. Januar sei besonders geeignet zu solcher Erinnerung, weil Friedrich der Große es sei, der uns zu dem gedacht habe, was wir heute sind. Se. Majestät schloß mit einem Hoch auf die rühmliche hannoversche Arme.

Die zum Festmahl bestimmten hannoverschen Offiziere hatten bereits vor Eintreffen Sr. Majestät ein Begrüßungsprogramm nach Berlin gefaßt. Dieses ertheilte der Kaiser jedoch erst in Hannover, als er beim Offizier-Korps seines Mannes-Regiments weilte. Se. Maj. landte alsdann folgende Antwort: Oberst A. D. Blumenbach, Hannover, herzlich Willkommen. Ich erhalte sehr viele Aufmerksamkeiten, erfreue mich sehr, und festzuhalten, daß immer zur Zeit, als Zeichen treuer Erinnerung. Es war die rühmliche Freude, in der Mitte der alten Kameraden die rühmlichen hannoverschen Traditionen mitzusehen zu können. Wilhelm. I. R.

Der Prinz von Wales ist am gestrigen Freitag nach Deutschland abgereist, um den Kaiser Namens des Königs von England am 27. Januar zu begrüßen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt dazu offiziell:

Wir würden die freundschaftliche Gesinnung, welche dem König von England bestimmt, in diesem Jahre den Erben der britischen Krone zur Geburtsfeier des Kaisers nach Berlin zu entsenden. Wir hoffen, daß die Wünsche, die der erlauchte Prinz überbringen, wie die Grundsätze, die er mit uns empfangt, der Befestigung des wechselseitigen Wohlwollens förderlich sein werden. In dem Werk des Kaisers adten wir zugleich den Vertreter einer alten großen Nation, mit der uns gewichtige Interessen verbinden. Die Waffen des politischen Tagesstreites setzen sich freiwillig vor dem britischen Königsohn, den wir auf deutschen Boden willkommen heißen.

Die diesmaligen Veränderungen in der Arme zum Geburtstag des Kaisers werden einen sehr bemerkenswerthen Fortschritt in Bezug auf die Anordnung des Heeres auf sich um die Reorganisation zweier Armeekorps, mehrerer Divisionen, sowie einer Reihe von Brigaden handelt und auch in den Regimentskommandos viele Veränderungen erwartet werden. Als neue Kommandoebenen sollen, wie schon gemeldet, Prinz Friedrich Leopold und General v. Keffel in Betracht kommen.

Der Kaiser und Prinz Adalbert. Der Kaiser beabsichtigt, das Kadettenkorpsschiff „Charlotte“, an dessen Bord sich befandlich Prinz Adalbert von Preußen befindet, nach Mittelmeer von der Auslandsreise in der Holtener Schleuse persönlich in Empfang zu nehmen und den heimkehrenden Prinzen alsdann zu begrüßen. Wie hierzu weiter gemeldet wird, soll das Schiff am 15. März d. J.

wieder in Kiel eintreffen. Die „Charlotte“, welche gegenwärtig in Danzig vor Anker liegt, wird voraussichtlich am 28. d. M. von dort über Mainz, Wiesbaden und Fulda nach Halle zurück nach Kiel antreten.

* Für die nur noch kurze Zeit bis Ostern ist noch eine große Zahl von Gesellschaften in der Berliner Gesellschaft in Aussicht genommen. So haben der Oberallgemeiner Graf Wedel für den 25., Graf Fiele-Winter für den 26., der großbritannische Hofmeister für den 28., der Minister des königlichen Hauses von West für den 29., der Reichsanwalt für den 30., Graf von Stolberg für den 31. Januar, der spanische Hofmeister für den 1. Feb., Legationsrat von Dierlein für den 2., Oberkammerer Graf Solms für den 4., der Hofmeister Graf von Rasch für den 5., Fürst von Dornberg für den 6. und Oberhofmarschall Graf Goltz für den 10. Februar Einladungen ergehen lassen.

Geht Herr von Tziemann? Eine Berliner Korrespondenz will wissen, die Stellung des Reichssekretärs v. Tziemann am alte in mohlunterrichteten Kreisen für erschüttert. Man glaubt, daß hinter die Mächte ein großes Verlangen zu machen ist. Eine Veränderung in den höchsten Verwaltungsstellen des Reiches dürfte höchstens erst erfolgen, wenn eine Entscheidung in der Zolltarifffrage vorliegt. Im Uebrigen würden wir Herrn von Tziemann keine Träne nachweinen.

* **Personalmeldungen.** Die Beförderung im Befinden des Reichssekretärs Dr. v. Tziemann hält die Beförderung an, jedoch der Minister am Donnerstag die Beförderung wieder aufnehmen konnte. Herr von Tziemann muß sich indessen noch große Schonung aufweisen und vor der Hand die Empfänge auf seine unmittelbare Umgebung beschränken.

Die Zolltariffkommission des Reichstages nahm den Rest des fünften Paragraphen des Tarifgesetzes unter Zurücklassung der Zollfreiheit der Oberseen und an. Die Kommission tritt jedoch den ersten Absatz des sechsten Paragraphen, nach dem im Tarif nicht enthaltene Waaren denjenigen Tarifstellen zuzuweisen sind, in denen die nach ihrer Beschaffenheit und ihrem Verwendungszweck nächststehenden Waaren aufgeführt sind. Der zweite Absatz (Behandlung von Abfällen), sowie Paragraph 7 (Zollfreiheit für Betriebsgegenstände gemeinschaftlicher Grenz- und Betriebsverrichtungen bei Eisenbahnen) wurden angenommen. Es folgte die Beratung des Paragraphen 8, nach welchem die Einfuhr aus Staaten, welche Deutschlands Waaren ungünstiger behandeln als die anderen Staaten, durch tarifliche Behandlung einem Zollzuschlag unterworfen werden kann. Hierzu liegt ein Antrag Reumer und Geffroy vor, welcher verlangt, die Bestimmung hinzuzufügen, daß für die Einfuhr solchdiger Waaren der Nachweis, in welchem Staate sie hergestellt sind, zu erbringen ist, sowie daß gegenüber Auslandsstaaten, welche von den deutschen Importeuren beglaubigte Deklarationen zu verlangen, ein gleiches zu fordern sei; ferner daß, soweit nicht Vertragsbestimmungen entgegenstehen, für eingehende Waaren dieselben Zölle und Maßregeln verhängt werden können, die im Ursprungslande für entsprechende deutsche Waaren bestehen. Im Laufe der Debatte betämpfte Staatssekretär Dr. Graf von Podbielski und Bundesminister Müller die Forderung des Ursprungs- und Herkunftsprinzips, was die Zollfreiheit für landwirthschaftliche Waaren hinfällig macht. Die Weiterverhandlung erfolgt am Dienstag.

* **Im Zolltariff.** Die „Nationalist. Korrespondenz“ schreibt: Durch die konservativen Presse gehen Mittheilungen über angeblich beschlossene der national-liberalen Fraktion zum Zolltariff, welche die unter der Voraussetzung gesetzt sind, daß sowohl die konservative wie die Reichspartei von einer weiteren Erhöhung der Zollsätze Abstand nähme. Diese Mittheilung beruht auf Erfindung. — Hierzu schreibt die „Post“: Die „Nationalist. Korrespondenz“ hätte dieses Dementi in erster Linie gegen ihr Parteiglied, den Abg. Sitt, richten sollen, der in der Reichstagskammer vom 20. Januar zuerst Mittheilung von einem derartigen national-liberalen Fraktionsbeschlusse machte. Wir müssen es deshalb dem Abg. Sitt überlassen, seine Behauptung zu vertheidigen.

Die Budgetkommission des Reichstages erledigte die Beratung des Marineetat und tritt bei dem außerordentlichen Etat bei. Die Höhe- und Festlegungsbauten trotz lebhaften Widerspruch des Staatssekretärs des Reichs-Marine-Abthams von Tirpitz 1 400 000 Mk. Die Gesamtsumme der Abstriche während der Beratung des Marineetat betragen 4 088 000 Mk. Bei der Beratung des Etats für Kiautschau erklärt von Tirpitz, es werde eine Marine-Regierungskommission im Etat nachgerodert. Zunächst wurde nur das Kapitel Reorganisation der Zivilverwaltung genehmigt. Die Weiterberatung wurde auf Mittwoch verlegt.

* **Hals der Etat** für 1902 wird verändert die verfassungsmäßige Genehmigung erhält, werden nach der parlamentarischen Praxis „Zug“ voranschrittlich diejenigen Beamtensstellen aus der Klasse der Zivilbeamten etatsmäßig angelegt werden, die bis einschließlich 1. Juni 1896 die Beamtensstellen-Prüfung bestranden haben oder denen anderweitig das entsprechende Dienstauftrag befreit ist. Hiernach würden etwa 1300 Beamtensstellen am 1. April d. J. etatsmäßig Anstellung erlangen.

* **Einem Telegramm** des „B. T.“ aus Karlsruhe zufolge erklärt eine Berliner Zufahrt der „Südwestdeutschen Reichsreise“ bezüglich der englischen Unterhausverhandlungen, es sei keine Indiscretion, wenn sie feststellte, daß der deutsch-englische Schweißvertrag mit Kleinasien nicht das Gerinnete zu thun habe. Genö-

